

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 04.07.2017, um 16:00 Uhr in der Aula des THG, Hermannstr. 23.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Beate Bötte
Ursula Brand
Dietmar Busch
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Jutta Eifer
Horst Enneper
Jürgen Fischer
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Malik Nasir Mahmood
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Sabine Plasberg-Keidel
Dr. Jörg Rieger
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Dejan Vujinovic
Dr. Jörg Weber
Harald Weiss

anwesend bis 19:25 Uhr
anwesend ab 16:08 Uhr

anwesend ab 16:12 Uhr

von der Verwaltung

Frank Nipken
Regine Schmidt
Ulrich Dippel
Jürgen Funke
Sandra Hilverkus
Burkhard Klein
Jochen Knorz
Anke Schröder
Volker Uellenberg

Schriftführerin

Jana Dören

Gäste

Prapti Ghimire-Karki
Dr. Jochen Weck

es fehlt:

Ratsmitglieder

Detlef Förster
Thomas Lorenz
Dietmar Stark

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1. | Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes | IV/0400/2017 |
| 2. | Niederschrift über die 20. Sitzung des Rates der Stadt am 23.05.2017 (öffentlicher Teil) | |
| 3. | Informationen des Bürgermeisters | |
| 4. | Einwohnerfragestunde | |
| 5. | Zukunft Breitbandversorgung in Radevormwald | IV/0406/2017 |
| 6. | Änderung der Hauptsatzung (Antrag der AL-Fraktion vom 15.06.2017) | AN/0160/2017 |
| 7. | Prüfung der Verdienstausschüttung (Antrag der AL-Fraktion vom 22.06.2017) | AN/0162/2017 |
| 8. | Das Integrierte Handlungskonzept Wupperorte hier: Sachstandbericht | IV/0405/2017 |
| 9. | Ausbau der Wasserturmstraße und Oderstraße | BV/0455/2017 |
| 10. | Vereinbarung über die Durchführung der Gewässerunterhaltung durch den Wupperverband | BV/0452/2017 |

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 11. | Änderung der Satzung vom 05.01.2011 über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern | BV/0453/2017 |
| 12. | Hausmeister- und Sicherheitsdienstleistungen für das Asylbewerberwohnheim Neustr. 3 - 5 / Blumenstr. 37 und das Gebäude Am Gaswerk 7 | BV/0456/2017 |
| 13. | Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges "Rüstwagen" | BV/0463/2017/2 |
| 14. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | |
| 15. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0401/2017 |
| 16. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 8 der Geschäftsordnung fest. Zudem fragt er, ob zu einem der Tagesordnungspunkte Befangenheit eines Ratsmitgliedes vorliegt. Die Frage von Herrn Barg, ob für ihn bei TOP 6 eine Befangenheit vorliegt verneint Herr Mans. Auf die Nachfrage von Herrn Mans, ob sich Herr Dr. Michalides zu TOP 9 als befangen empfindet, verneint Herr Dr. Michalides dies, wird sich jedoch bei der Beschlussfassung enthalten.

Der Bürgermeister weist auf den Nachtrag zur Einladung hin. Zudem liegen Tischvorlagen zu TOP 20 und 21 aus.

(Öffentlicher Teil)

1. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes IV/0400/2017

Der Bürgermeister führt Frau Sabine Plasberg-Keidel und Herrn Thomas Klee gemäß § 67 Abs. 3 GO NRW als neue Ratsmitglieder ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

2. Niederschrift über die 20. Sitzung des Rates der Stadt am 23.05.2017 (öffentlicher Teil)

Herr Krapp bittet darum, die Anzahl der während des Stadtfestes ausgestellten Parkprotokolle der Niederschrift beizufügen.

Anmerkung zum Protokoll: Es wurden in der Zeit von Donnerstag bis Sonntag insgesamt 268 Verwarngelder für den gesamten verkehrsgeregelten Bereich Innenstadt ausgestellt.

3. Informationen des Bürgermeisters

Es gibt keine Informationen des Bürgermeisters.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Schäfer trägt seine Einwohnerfragen vor. Diese werden von den zuständigen Personen beantwortet.

1.) Herr Mans erklärt, dass die Stadt derzeit zwei laufende SWAP-Verträge hat. Einer wurde am 08.05.2006 und der andere am 10.02.2009 vom Bürgermeister und dem Beigeordneten unterzeichnet.

2.) Herr Mans erläutert, dass die Fragen der Familie im Grunde alle Ämter tangieren. Ein Amt „Familie“ wäre aufgrund des Volumens nicht steuerbar.

3.) Offiziell ist diese Fläche ein Festplatz und kein Parkplatz, stellt Herr Mans fest. Hier handelt es sich um eine geförderte Maßnahme, daher darf dieser Platz nur für solche Zwecke genutzt werden.

Herr Schäfer erkundigt sich, ob der Platz schon zweckmäßig genutzt wurde.

Dies bejaht Herr Mans und räumt ein, dass hiervon jedoch aufgrund der geringen Attraktivität des Standortes wieder Abstand genommen wurde.

4.) Herr Knorz erklärt, dass die Straßenverkehrsabteilung im Ordnungsamt für die verkehrsrechtlichen Anordnungen verantwortlich ist. Der jeweilige Veranstalter legt einen Beschilderungs- bzw. Sperrplan vor, auf dessen Grundlage geprüft wird, ob dieser so umgesetzt werden kann

5.) Herr Knorz merkt an, dass es bei jeder Sperrung Beschwerden gibt. In diesem Fall hielten sich die Beschwerden in einem verhältnismäßig geringen Umfang.

Herr Schäfer stellt fest, dass auswärtige Verkehrsteilnehmer von der Sperrsituation verwirrt sind.

Herr Knorz stellt klar, dass im Bereich der Bundesstraße bereits auf die Sperrung der Innenstadt hingewiesen wird. Außerdem wird über die öffentlichen Medien über die jeweiligen Sperrungen informiert.

6.) Herr Knorz führt aus, dass die Verkehrsschauen mehrfach jährlich gemeinsam mit Polizei und Straßenbaulasträgern stattfinden. Die Protokolle können nach Voranmeldung bei der Straßenverkehrsabteilung eingesehen werden.

7.) Herr Knorz teilt mit, dass die Straßenverkehrsabteilung im Ordnungsamt die verkehrsrechtlichen Anordnungen verwaltet.

8.) Nach entsprechender Voranmeldung ist es möglich, die verkehrsrechtlichen Anordnungen einzusehen, informiert Herr Knorz.

9.) Herr Knorz erläutert, dass die Verkehrsregelung im Zusammenhang mit der Oststraße, Bestandteil des Gesamtverkehrskonzeptes „Umbau Innenstadt“ und somit auch des Kreisverkehrs und der Ausfahrtsituation ist. Aufgrund der Linksabbiegersituation Oststraße gab es eine Vielzahl von Beinahe,- und tatsächlichen Unfällen. Um die Unfallgefahren zu minimieren, hat man sich bei der Verkehrsplanung auf ein ausschließliches Rechtsabbiegen verständigt.

10.) Herr Dippel führt aus, dass im Bereich Kottenstraße komplett neu gepflastert wird und hierfür der Unternehmer aufkommt. Im Bereich Ecke Weststraße / Kaiserstraße wird nur punktuell ausgebessert.

11.) Laut Herrn Dippel wurden die Laternenmasten komplett entsorgt, da diese nicht mehr zu gebrauchen waren. Die Pflastersteine wurden zum Teil als Ersatz behalten, der Rest wurde ebenfalls entsorgt.

12.) Wann die Maßnahme umbenannt wurde kann Herr Dippel nicht sagen, allerdings haben die Titel der Maßnahme keinen Einfluss auf die beitragsrechtliche Relevanz.

13.) Herr Dippel informiert, dass das Uelfebad der Stadt gehört.

Herr Ullmann erkundigt sich, ob die Antwort zu Punkt 2 auch auf ein mögliches Gremium zutrifft. Dies bejaht Herr Mans.

5. Zukunft Breitbandversorgung in Radevormwald**IV/0406/2017**

Herr Nipken führt aus, dass die Firma Voss beauftragt wurde zu ermitteln, wie die Breitbandversorgung in Radevormwald verbessert werden kann und welche Förderkulisse der Stadt zur Verfügung steht.

Frau Ghimire-Karki von der Firma Voss trägt eine Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Schäfer erkundigt sich, ob der Tiefbau in der Planung enthalten ist und ob die Firma nach der Planung konkrete Ansprechpartner, wie z.B. die Telekom, hat.

Frau Ghimire-Karki erklärt, dass in der Planung vorerst die Infrastruktur für ein Glasfasernetz geplant wird und auch der Tiefbau enthalten ist. Nach der Planung kann die Stadt entscheiden, ob sie einen Förderantrag stellt. Wenn es zu einer Förderung kommt, muss eine europaweite Ausschreibung erfolgen.

Herr Ullmann möchte wissen, ob der Upstream bei der Förderfähigkeit irrelevant ist.

Frau Ghimire-Karki erläutert, dass der Upstream beim Ausbau symmetrisch gehalten werden muss.

Herr S. Schlüter hat weiße Flecken im Bereich der Wupper erwartet und erkundigt sich, ob alle Flecken abgebildet sind.

Frau Ghimire-Karki informiert, dass die Telekom nur die Daten liefert, welche in den nächsten drei Jahren ausgebaut werden. Da die Telekom nicht alles ausbaut, fehlen noch viele Punkte. In diesen Fällen muss sich das Planungsbüro an den Breitbandatlas des Bundes halten.

Herr Ebbinghaus fragt, ob die 482 Gebäude, die einen weißen Fleck darstellen, lediglich auf den Daten der Telekom resultieren und erkundigt sich, ob die Firma Voss, wie in der Vorlage beschrieben, ein Breitbandkataster erstellt hat, aus dem ersichtlich ist, welche Breitbandversorgung Haus x hat.

Frau Ghimire-Karki erklärt, dass in den 482 Gebäuden die Daten aller Versorger in Radevormwald enthalten sind. Die Netzbetreiber stellen ihre Daten dem Bund zur Verfügung und diese werden auf dem Breitbandatlas dargestellt. Unter www.breitbandatlas.de kann man die Breitbandversorgung für die Häuser einsehen.

**6. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der AL-Fraktion vom AN/0160/2017
15.06.2017)**

Herr Mans erklärt, dass die Verdienstausschüttung für Gremien von Gesellschaften, laut dem beauftragten Rechtsgutachten, durch die Gesellschaften selbst erfolgen muss. Derzeit wird geprüft, ob die bereits ausgezahlten Beträge in diesen Fällen zurückgefordert werden können.

Herr Ebbinghaus führt seinen Antrag aus. Durch die beantragte Änderung der Hauptsatzung soll der durch das Rechtsgutachten erworbene Kenntniszugewinn festgehalten werden.

Herr Ullmann möchte wissen, ob der Verdienstaufschlag für die vorgenannten Fälle für die Vor- und Nachbereitungszeiten von Sitzungen ausgezahlt wurde.

Herr Mans erklärt, dass es sich hierbei um die reine Sitzungszeit und keine Vor- und Nachbereitungszeiten der Sitzungen handelt.

Nachdem sich einige Ratsmitglieder gegen die Beschlussfassung und für eine Überprüfung des Antrages ausgesprochen haben, schlägt Herr Mans vor, die noch nicht geklärten Rechtspositionen vom Rechnungsprüfungsamt unter Beteiligung eines Rechtsanwaltes überprüfen zu lassen. Die Ergebnisse sollen im Rat vorgestellt werden.

Der Vorschlag wird einvernehmlich angenommen.

**7. Prüfung der Verdienstaufschlagsentschädigung (Antrag der AN/0162/2017
AL-Fraktion vom 22.06.2017)**

Herr Mans beantwortet den Fragenkatalog und weist dabei darauf hin, dass er aufgrund der noch nicht geklärten Rechtsposition die ersten drei Fragen nicht beantworten wird.

Zu 4.) Es gab acht Fälle, bei denen sich das Stundenvolumen auf ca. drei Stunden in den letzten Jahren beläuft.

Zu 5.) Die Verwaltung war bisher der Auffassung, dass auf Grundlage der Gemeindeordnung die Zahlungen des Verdienstaufschlages in solchen Fällen berechtigt sind.

Zu 6.) Ja, es haben zum Teil auch abhängig Beschäftigte Verdienstaufschlag in Anspruch genommen.

Zu 7.) Der Anwalt wurde beauftragt, die Verfahrensfragen juristisch zu klären.

Herr Ullmann merkt an, dass auch die Fragen 1- 3 vom Grundsatz her Angelegenheiten des Rates sind, er aber akzeptiert, dass diese aufgrund der derzeitigen Rechtsklärung nicht beantwortet werden.

**8. Das Integrierte Handlungskonzept Wupperorte IV/0405/2017
hier: Sachstandsbericht**

Herr Klein gibt einen Sachstandsbericht zum InHK Wupperorte. Ziel des dem InHK zugrunde liegenden Förderauftrages „Starke Quartiere - starke Menschen“ ist die präventive und nachhaltige Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Frau Fiedler vom OBK berichtete hierzu bereits ausführlich im AStU am 22.05.2017.

Herr Klein gibt eine Information zum bisherigen Ablauf:

- „interner“ Auftakt mit OBK und Fachämtern zur Festlegung der zu erfassenden Daten im Dezember 2016

- Auftaktveranstaltung am 29.03.2017
- Bürgerversammlung am 27.04.2017
- Bürgerbeteiligung durch Fragebogenaktion (02.06. bis 22.06.2017)
- Bürgerarbeitskreis am 29.06.2017
- dazwischen diverse interne Arbeits- und Abstimmungstermine mit dem OBK und den Fachämtern sowie Einrichtung einer Homepage unter www.inhk-wupperorte.de

Er führt weiter aus, dass das Gerüst des InHK aus drei Säulen besteht, der Auswertung der Sozialraumdaten, Bürgerversammlungen sowie Fragebögen und Gespräche mit wichtigen Akteuren.

Bezüglich der Erfassung und Auswertung der Sozialraumdaten nennt Herr Klein einige Eckdaten im Vergleich der Wupperorte zur „Gesamtstadt“. Stand 2016 leben 3.250 Einwohner an der Wupper. Die Einwohnerzahl ist zwischen 2012 (3.324) und 2016 (3.250) leicht gesunken. Von insgesamt 10.970 Haushalten in Radevormwald befinden sich 1.629 Haushalte in den Wupperorten (davon ca. 1.300 Einwohner in Keilbeck). Auffällig ist die erhöhte Anzahl von Single-Haushalten in den Wupperorten (665 zum Mittelwert für Radevormwald von 470). In den Wupperorten leben 1.226 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Bedenklich ist hier die hohe Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahre (13 zum Mittelwert für Radevormwald von 5). Es besteht eine deutliche Abweichung gegenüber der Gesamtstadt bei den Empfängern von Arbeitslosengeld (SGB II und SGB III). Daraus ergibt sich das Problem, dass im Alter eine adäquate Rente fehlt. Zudem sind die Kinder der SGB II- und SGB III-Empfänger arbeitsbedroht. Das Bildungsniveau ist geringer. Wichtige Themen sind auch der drohende Verlust der Nahversorgung und eine fehlende Gastronomie. Es wurde ebenso festgestellt, dass 1/3 der öffentlich geförderten Wohnungen leer stehen.

In der Bürgerversammlung am 27.04.2017 wurden viele Themen angesprochen und gewichtet. Ein herausragendes Thema war die medizinische und sonstige Versorgung (Sorge über drohenden Ärztemangel, Fortbestand des Nahversorgers, Schließung der Sparkassenfiliale usw.). Außerdem wurden die Themen der technischen Infrastruktur (Straßenzustand, Breitbandausbau) und Begegnungsstätte diskutiert.

Am 29.06.2017 wurde ein Bürgerarbeitskreis durchgeführt, bei dem die Themen Jugend und Familie, Mobilität sowie Begegnungsstätte in den Fokus genommen wurden, die sich aus dem bisherigen Prozess ergeben haben. Als Einstieg in die Veranstaltung wurden dazu Impulsvorträge von Fachleuten gehalten und anschließend in Arbeitskreisen diskutiert, welche Möglichkeiten konkret zur Verbesserung der Situation der Wupperorte in Frage kommen. Zum Thema Mobilität wurden ein Dorfauto bzw. Dorfbus, eine Mitfahrbank, eine E-Bike-Station, die Verbesserung des ÖPNV und die Schaffung von Radwegen (u. a. Anbindung an die Stadt) angesprochen. Zur Begegnungsstätte wurde eine interkulturelle und generationsübergreifende Begegnungsstätte mit Café, Kurs-, Kultur- und Spielangeboten, Unterstützungsangeboten (z. B. Nachhilfe, Nachbarschaftshilfe), Koordinierung vorhandener Angebote wie Tafel und Mittagstisch, Beratungsangebote der Stadt sowie ein Shuttlebus (Vernetzung) gewünscht. Zum Thema Jugend und Familie wurde der Ausbau bzw. die Erweiterung des Jugendtreffs, die Verstärkung des Personals, ein Bewerbungstraining, ein Übergangmanagement (Schule und Beruf), Beratungsangebote für Menschen im Sozialbezug, Koch- und Ernährungskurse, Deutschkurse, ein Präventionstraining zum Thema Sucht, ein barrierefrei gestalteter Spielplatz, Angebote für Erlebnispädagogik und Sport, eine bessere Vernetzung der Kinder- und Jugendarbeit im Quartier und ein Mehrgenerationencafé genannt.

Ähnliches hat auch die Auswertung der Gespräche mit wichtigen Akteuren wie Schulleitung, Kindergartenleitung, Jugendtreff, Mitgliedern des Bürgerbusvereins und des Heimatkundekreises, aktiv 55plus, Bürgern usw. ergeben. Im nächsten Schritt sollen nun das InHk aufgestellt und mit den Fachamtsleitern Handlungsmaßnahmen entwickelt werden. Bei Bedarf werden zusätzliche Arbeitskreise zu einzelnen Themen einberufen. Voraussichtlich am 18.10.2017 werden in Form eines Bürgerforums die Ergebnisse präsentiert und mit den Bürgern der Wupper diskutiert. Eine Abschlussveranstaltung ist dann für den 02.11.2017 vorgesehen.

Vom 02.06. bis zum 22.06.2017 wurde eine Fragebogenaktion durchgeführt, bei der es über 200 Rückläufe gegeben hat. Die Auswertung läuft noch.

Zuletzt dankt Herr Klein den Bürgern der Wupper für das Engagement und die aktive Mitarbeit sowie der örtlichen Presse für die positive Begleitung des Projektes.

9. Ausbau der Wasserturmstraße und Oderstraße

BV/0455/2017

Herr Barg bittet darum, Nummer 1. und 2. des Beschlussantrages von Dr. Michalides getrennt abzustimmen.

Herr Dippel schildert, dass die Oderstraße derzeit eine Breite von fünf Metern hat. Es gibt momentan keine ausgewiesenen Parkflächen, es wird dort am Fahrbahnrand geparkt. Die Straße soll auf sechs Meter ausgebaut werden und es sollen drei ausgewiesene Parkplätze für ein geordnetes Parken installiert werden.

Frau Pizzato erkundigt sich, ob demnach keine Parkplätze wegfallen.

Herr Dippel erklärt, dass durch die Blumenbeete ca. zwei bis drei Möglichkeiten wegfallen am Fahrbahnrand zu parken, ansonsten jedoch auch außerhalb der geplanten Parkflächen weiter geparkt werden kann, solange die erforderliche Restbreite vorhanden ist.

Herr Busch merkt an, dass der Baubeginn der Stadt überlassen werden sollte. Da sich bezüglich der Parkplätze keine Veränderungen ergeben werden, erklärt er, dass die CDU gegen die Beschlussanträge stimmen wird.

Herr Knorz führt aus, dass grundsätzlich jeder Eigentümer verpflichtet ist, einen Stellplatz auf seinem Grundstück zu schaffen. Des Weiteren erklärt er, dass es möglich ist weiterhin auch am Fahrbahnrand zwischen den gekennzeichneten Flächen zu parken, gibt jedoch zu bedenken, dass im Gesamtkonzept abgestimmt wurde ein alternierendes Parken zu schaffen, um einen Ausweichverkehr zu ermöglichen.

Zunächst wird über den Antrag von Dr. Michalides abgestimmt.

Beschluss Nr. 1:

Der Entwurf ist so anzupassen, dass die Gesamtzahl der PKW-Parkplätze in der Oderstraße nicht reduziert wird.

Abstimmungsergebnis:	6 Ja-Stimmen	(1 CDU, 1 UWG, 2 pro Deutschland, 1 RUA, Ullmann)
	29 Nein-Stimmen	(13 CDU, 7 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(2 AL, Dr. Michalides)

Beschluss Nr. 2:

Baubeginn ist im Frühjahr 2018, nach der Frostperiode.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen (Ullmann)
 36 Nein-Stimmen (14 CDU, 7 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 1 RUA, Bürgermeister)
 1 Enthaltungen (Dr. Michalides)

Somit sind die Beschlussanträge abgelehnt. Sodann wird über die Verwaltungsvorlage abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, die Straßenausbauarbeiten für die Wasserturmstraße und Oderstraße sowie die Erstellung einer Abwasserdruckleitung öffentlich auszuschreiben.

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt zudem die überplanmäßige Bereitstellung von 51.000 € brutto für das Investitionsprojekt 5.000329.700. Als Deckung dient das Projekt 5.000053.700.300 (Ausbau Bahnstraße).

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung (Dr. Michalides)

10. Vereinbarung über die Durchführung der Gewässerunterhaltung durch den Wupperverband BV/0452/2017

Herr Ebbinghaus bittet darum, die Informationen aus dem Wupperverband möglichst auch an den Rat weiterzugeben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die anliegende Vereinbarung über die Durchführung der Gewässerunterhaltung durch den Wupperverband im Einzugsgebiet der Ennepe, Heilenbecke und deren Nebensiefen mit dem Wupperverband abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Änderung der Satzung vom 05.01.2011 über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern BV/0453/2017

Frau Schröder führt die Vorlage aus. Ein Teil der bestehenden Wohnung wurde bereits gekündigt, da diese nicht mehr gebraucht werden, allerdings bleibt die Entwicklung der Asylbewerberzahl ungewiss. Demnach ist nicht auszuschließen, dass beispielsweise in einem Jahr wieder neue Wohnungen benötigt werden. Um zu verhindern, dass die Satzung ständig neu angepasst werden muss, sollen die Wohnungen in der Satzung nicht mehr einzeln benannt werden müssen.

Herr Ebbinghaus erkundigt sich, wie viele Wohnungen vorgehalten werden.

Wie viele Wohnungen absolut leer stehen, kann Frau Schröder nicht beantworten. Aktuell gibt es einen Bestand von 32 Wohnungen, von denen nicht viele leer stehen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt die vorgeschlagene Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asyl-begehrenden Ausländern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Hausmeister- und Sicherheitsdienstleistungen für das Asylbewerberwohnheim Neustr. 3 - 5 / Blumenstr. 37 und das Gebäude Am Gaswerk 7 BV/0456/2017

Frau Pizzato erkundigt sich über die Kriterien der Ausschreibung.

Herr Schäfer möchte wissen, ob sich die Anwesenheitszeiten der Hausmeister bei Änderung der Verträge verlängern.

Herr Ullmann hält es für wichtig, dass nicht nur nach der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit ausgewählt wird, sondern auch die Reputation der Angebotseinreichenden berücksichtigt werden muss.

Frau Schröder erklärt, dass die Zeiten der Hausmeister aufgrund eines demnächst stattfindenden Integrationskurses in der Blumenstraße um täglich zwei Stunden verlängert werden. Der Preis ist bei der Vergabe kein ausschlaggebendes Kriterium sondern die Wirtschaftlichkeit. Sie beinhaltet auch Qualitätsmerkmale. Die Bewertung erfolgt anhand einer Bewertungsmatrix. Diese bereits erarbeitete Matrix wird von Frau Schröder erläutert. Sie ist dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Hausmeister- und Sicherheitsdienstleistungen für das Asylbewerberwohnheim Neustr. 3 – 5 / Blumenstr. 37 und das Gebäude Am Gaswerk 7 für die Zeit vom 01.01.2018 – 31.12.2020 auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben. Grundlage der Beurteilung ist die beiliegende Matrix.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen (pro Deutschland)

13. Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges "Rüstwagen" BV/0463/2017/2

Herr Knorz führt die Verwaltungsvorlage aus. Der Rüstwagen hat nicht, wie in der Vorlage beschrieben, eine Staffelkabine sondern eine Truppkabine (3 Sitzplätze). Das Führerhaus ist 50 cm größer als eine herkömmliche Truppkabine, hinter den Sitzen sollen Gerätschaften gelagert werden. Die Besonderheit ist, dass das Fahrzeug aufgrund der Abmessung des Gerätehauses Wellringrade vorübergehend in Hahnenberg deponiert wird. Hier handelt es sich um den gleichen Löschzug, mit gleichen Einsatzkräften und gleichem Arbeitsauftrag.

Herr Müller betont, dass er diese Angelegenheit gerne im Haupt- und Finanzausschuss beraten möchte, bevor eine Investition von 475.000 € getätigt wird. Zudem möchte er wissen, wofür und wie oft dieses Fahrzeug benötigt wird. Er erkundigt sich, ob es stimmt, dass Remscheid und Wuppertal jeweils nur einen Rüstwagen haben und gibt zu bedenken, ob ein Rüstwagen für Radevormwald wirklich notwendig ist. Er bittet aufgrund des noch fehlenden Brandschutzbedarfsplans, die Angelegenheit zunächst im Fachausschuss zu beraten.

Herr Fischer erklärt, dass der vorübergehende Standort in Hahnenberg aufgrund der Abmessung des Feuerwehrhauses Wellringrade Ergebnis der Abstimmung und Planung zwischen Wehr-, Zug- und beteiligten Einheitsführern ist. Der Standort Hahnenberg hat den Vorteil, dass die Bundesstraßen 229 und 483 noch besser abgedeckt sind. Der endgültige Standort wird dann Wellringrade sein, um die Straße nach Schwelm besser abzudecken. Er bestätigt, dass die Berufsfeuerwehr in Remscheid einen Rüstwagen hat, betont aber, dass die Freiwillige Feuerwehr auch Rüstwagen bzw. Löschfahrzeuge mit entsprechender Zusatzausstattung hat.

Herr Busch stellt fest, dass dieses Fahrzeug mit 475.000 € im Haushalt steht. Er führt aus, dass ein Fahrzeug immer einsatzfähig sein muss und bei einem 30 Jahre alten Rüstwagen häufiger Reparaturen anfallen können. Er gibt zu bedenken, dass der Rat nicht riskieren kann, die Angelegenheit nicht schnellstens auf den Weg zu bringen.

Herr Ebbinghaus erkundigt sich, warum das Fahrzeug so teuer ist und welche Funktionen es hat. Außerdem möchte er wissen, warum so eine kleine Stadt wie Radevormwald solch einen Rüstwagen benötigt.

Herr Knorz führt aus, dass die Aufgabe des Fahrzeuges insbesondere die technische Hilfeleistung ist, insbesondere für schwere Unfälle. Die Notwendigkeit für dieses Fahrzeug ist definitiv gegeben, da Radevormwald eine Flächengemeinde mit teilweise recht langen Anfahrtswegen ist. Er merkt an, dass der Brandschutzbedarfsplan immer noch gültig ist, dieser derzeit jedoch erneuert wird.

Nach weiterer Diskussion ist die Mehrheit der Ratsmitglieder der Meinung, dass das Fahrzeug notwendig ist und abgestimmt werden sollte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, das Vergabeverfahren für die Beschaffung des Rüstwagens als Ersatz des bisherigen Rüstwagens einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Beschluss:

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzung:

Herr Gerd Uellenberg wird als ordentliches Mitglied für den Haupt- und Finanzausschuss anstelle von Herrn Christian Viebach benannt.

Frau Sabine Plasberg-Keidel wird als ordentliches Mitglied für den Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen anstelle von Herrn Christian Viebach benannt.

Frau Saskia Burgmann wird als ordentliches Mitglied für den Bauausschuss anstelle von Frau Sabine Plasberg-Keidel benannt.

Herr Dietmar Busch wird als ordentliches Mitglied für die Verbandsversammlung Zweckverband Sparkasse anstelle von Herrn Christian Viebach benannt.

Herr Dejan Vujinovic wird als pers. stellv. Mitglied für Herrn Dietmar Busch für die Verbandsversammlung Zweckverband Sparkasse benannt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzung:

Frau Margot Grüterich wird als ordentliches Mitglied für den Schulausschuss anstelle von Herrn Björn Rimroth benannt.

Herr Thomas Klee wird als ordentliches Mitglied für den Rechnungsprüfungsausschuss anstelle von Frau Margot Grüterich benannt.

Herr Thomas Klee wird als ordentliches Mitglied für den Ausschuss für Soziales, Sport und Integration anstelle von Frau Petra Pfeiffer benannt.

Herr Thomas Klee wird als ordentliches Mitglied für den Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen anstelle von Herrn Björn Rimroth benannt.

Frau Petra Pfeiffer wird als ordentliches Mitglied für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt anstelle von Herrn Thomas Klee benannt.

Herr Thomas Klee wird als pers. stellv. Mitglied für Frau Annette Verhees für den Jugendhilfeausschuss anstelle von Herrn Björn Rimroth benannt.

Frau Annette Verhees wird als ordentliches Mitglied für die Verbandsversammlung Berufsschulzweckverband anstelle von Herrn Björn Rimroth benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung (CDU)

15. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0401/2017

Frau Pizzato fragt, ob es sich bei Nr. 3, Miete für bewegliches Anlagevermögen, um die Container handelt und was unter Nr. 4, Gebäudeunterhaltung, zu verstehen ist.

Herr Dippel bestätigt, dass es sich hierbei um die Container handelt, die auf die Kostenstellen in Nr. 3 und 4 verteilt sind.

Herr Barg möchte wissen, ob es sich bei Nr. 5 um die Möbel für die Container handelt und fragt, warum bei Nr. 6 mehr Geld benötigt wird.

Herr Dippel erklärt, dass es sich bei Nr. 5 um die Möbel handelt. Bei Nr. 6 handelt es sich um den Endausbau der Rudolf-Diesel-Straße, der erst für das nächste Jahr geplant ist. Aufgrund eines Grundstücksverkaufes musste ein Teilstück bereits ausgebaut werden. Die Kosten hierfür werden im nächsten Jahr von den geplanten Kosten wieder abgezogen.

16. Mitteilungen und Fragen

a) Frau Ebbinghaus erkundigt sich, ob der Stadt bekannt ist, welche Außenfassaden an den Hochhäusern sind und welche Risiken bezüglich des Brandschutzes bestehen.

Herr Knorz kann nur bedingt antworten, da es sich hier eher um ein bauaufsichtliches Thema handelt. Er erklärt, dass es in Radevormwald keine Hochhäuser gibt, für die diese Vorschriften gelten.

Herr Müller stellt einen Artikel zum Thema Brandschutz bei Fassadendämmung zur Verfügung mit der Aufforderung, dass die Stadtverwaltung sich mit dem Thema auseinandersetzt und zumindest die Gefährdungslage prüfen soll. Zudem möchte Herr Müller wissen, wann der Brandschutzbedarfsplan zu erwarten ist.

Herr Knorz teilt mit, dass es Ziel ist den Brandschutzbedarfsplan noch dieses Jahr abzuschließen.

b) Herr Vujinovic bittet um Auskunft, inwieweit die Konzepterstellung „öffentliches W-Lan Netzwerk“ vorangeschritten ist und wie das weitere Vorgehen ist.

Herr Nipken berichtet, dass die Initiative „Freifunk“ gut angelaufen ist und es mittlerweile über 20 Standorte von entsprechenden Sende- und Empfangseinrichtungen gibt. Die Innenstadt ist fast durchgehend abgedeckt. Außerdem konnten das Wülfingmuseum und die Neustraße, Bereiche Am Gaswerk und Kollenberg etc. abgedeckt werden. An Tagen mit hohem Betrieb auf dem Schlossmacherplatz kommen bis zu 250 Benutzer gleichzeitig in das Netz und man transportiert täglich Daten im Volumen von 600 GB. Nach Möglichkeit wird der Ausbau fortgesetzt.

Herr Vujinovic bittet darum, dass dieses Thema nicht in Vergessenheit gerät.

Herr Hoffmann stellt fest, dass ein Konzept, welches durch die WFG aufgestellt werden soll nicht notwendig ist, außer falls Sinn der Anfrage ist, dass die Stadt selber W-Lan-Betreiber werden soll. Daher bittet er die CDU, die Anfrage zu konkretisieren.

Herr Vujinovic erklärt, dass er unter Konzeption versteht, Gewerbetreibende in der Innenstadt möglicherweise in irgendeiner Form bei der Umsetzung des Konzeptes „Freifunk“ zu unterstützen.

c) Frau Pizzato bittet darum, im nächsten Bauausschuss die Liste über die Fortschreibung der energetischen Einsparungen vorzustellen.

Frau Ebbinghaus ergänzt, dass das Lichtkonzept für die Sporthallen und die Einsparungen darin enthalten sein sollen.

d) Herr Nipken teilt bezüglich des Ratsbeschluss vom 06.12.2016 (Online-Marktplatz Radevormwald) mit, dass die WFG mit dem Citymanagement in Verbindung getreten ist und der Online-Marktplatz Thema im nächsten Aufsichtsrat am 18. Juli sein wird. Der Online-Marktplatz wird die WFG in einem fünfstelligen Bereich belasten.

Ende des öffentlichen Teils 18.55 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Jana Dören
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

Anlagen

1. Präsentation zur Zukunft Breitbandversorgung in Radevormwald
2. Bewertungsmatrix für die Ausschreibung Hausmeister- und Sicherheitsdienstleistungen für das Asylbewerberwohnheim Neustr. 3 – 5 / Blumenstr. 37 und das Gebäude Am Gaswerk 7